

Wedding gegen das Coronavirus

Proteste für eine soziale und demokratische Lösung der Krise

In Zeiten der Coronakrise ist viel möglich: In Regionalbahnen werden keine Fahrkarten kontrolliert, das Jobcenter bewilligte pauschal Anträge, Zwangsräumungen wurden vorerst abgesagt. Doch es gibt noch mehr Grund für Optimismus. «Die Coronakrise und die lange Hilflosigkeit des Staates haben viele Möglichkeiten der praktischen Nachbar-



len können. So werden Apothekengänge oder Einkäufe für diejenigen im Haus erledigt, die in dieser Gesundheitskrise besonders gefährdet sind und nebenbei fangen die Menschen an, sich mehr für einander

schaftshilfe eröffnet», stellt Felix von Wedding solidarisch fest. Dieses Netzwerk hat sich bereits zu Beginn der Coronakrise gegründet. «Wir wollten so lokal wie möglich ansetzen. Dafür haben wir nicht nur in sozialen Medien Gruppen gegründet und konkrete Unterstützung vermittelt, sondern auch vielsprachige Hausflur- und Informationszettel verteilt, mit denen Nachbar*innen direkt Kontakt zu einander herstellen

zu interessieren. Es wird ein Gefühl von Zusammenhalt erzeugt. Darauf können wir jetzt aufbauen», so Felix weiter. Neben den praktischen Unterstützungen, hat Wedding solidarisch zudem einen politischen Forderungskatalog erstellt. «Das Kaputtsparen des Gesundheitssystems zugunsten der Profite für private Unternehmen ist eines der Probleme. Die Situation wird nun auf den Rücken der Beschäftigten und Patient*innen ausgetragen», sagt Marcel von Händel vom Wedding. Darum gab es am 25. April am Virchow, der DRK-Klinik sowie dem Jüdischen Krankenhaus Spruchbänder, die zu Solidarität mit den Beschäftigten aufriefen. «Das Klatschen vom Balkon zur Anerkennung der Ar-

beit der Krankenhausangestellten war nett gemeint, es ändert jedoch nichts an den miesen Arbeitsbedingungen». Klassenkampf statt Klatschen ist somit die logische Forderung. Beim Charité Facility Management (CFM) beispielsweise gibt es einen langwährenden Kampf um die Wiedereingliederung von outgesourceten Kolleg*innen der Pflege, der Technik und aus weiteren Bereichen. Für die gleiche Arbeit verdienen sie weniger als Kolleg*innen, die direkt bei der Charité angestellt sind. Diese Kämpfe solidarisch zu begleiten und Solidarität zu leben, ist angesichts der kommenden Wirtschaftskrise umso wichtiger.

www.unverwertbar.org/corona-katalog/

Warum hieß es «Spanische Grippe»?

Die als Spanische Grippe bekannte Influenza-Pandemie forderte zwischen 1918 und 1920 Millionen Menschenleben weltweit. Ihr Name stammt jedoch nicht daher, dass sie zuerst in Spanien auftrat. Forscher*innen gehen heute davon aus, dass die Pandemie in den USA begann. In Spanien gab es aber weniger Pressezensur, und so wurde über den Ausbruch und das Ausmaß der Pandemie in den Medien berichtet - in den kriegführenden Ländern des ersten Weltkriegs hingegen wurden Berichte über die Pandemie unterdrückt

Ausgabe #5

TITEL

3 **Gesundheitssystem in der Krise**

Risikogruppe «arm, weiblich oder Mensch mit Migrationshintergrund» in der Corona-Pandemie

4 **Zwangsräumung in die Wohnungslosigkeit**

Kein Ende des Mietenwahnsinn in Sicht

5 **Kein sicheres Zuhause?!**

Wenn die enge Wohnung zur Falle wird, müssen wir eingreifen

6 **Investorenräume an der Panke**

Nach Privatisierung und Verkauf sind nun die Pläne für umfangreiche Neubauten im Uferhallen-Areal bekannt

7 **Klassenkampf in Zeiten von Corona**

Der Ausnahmezustand verstärkt den Druck auf prekär Beschäftigte weiter

Gesundheitssystem in der Krise

Risikogruppe «arm, weiblich oder Mensch mit Migrationshintergrund» in der Corona-Pandemie

Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte Ortsgruppe Berlin

Die Corona-Pandemie betrifft alle Menschen, jedoch nicht alle in gleichem Maße. Viele soziale Faktoren haben einen Einfluss darauf, wer sich wie schnell mit dem Virus infiziert, wessen Krankheit wie schwer verläuft, wer wie stark unter den allgemeinen Regeln zur Eindämmung der Pandemie leidet, wer wieviel Unterstützung durch staatliche Hilfen bekommt und wer gerade in dieser Zeit völlig aus dem Blick der Öffentlichkeit gerät. In der aktuellen Situation spitzt sich nochmal zu, wer bereits vor der Coronapandemie anfälliger für Krankheiten war und aktuell besonders gefährdet ist. Gerade im Stadtteil Wedding spielen soziale Faktoren eine wichtige Rolle: Ungefähr 60% der Kinder wachsen in Armut auf, über ein Drittel der Menschen sind auf Hartz 4 angewiesen und ca. jede*r siebte Bewohner*in über 65 Jahre ist von Altersarmut betroffen¹.

Bereits seit Beginn der Pandemie ist bekannt, dass Menschen mit chronischen Erkrankungen, wie Herz- und Lungenerkrankungen, Diabetes oder

Übergewicht, ein höheres Risiko haben, schwerer an einer Infektion mit dem Coronavirus zu erkranken. Weniger bekannt bzw. wenig diskutiert wird dabei, dass solche Erkrankung häufiger unter Menschen auftreten, die von Armut betroffen sind. Besonders Menschen aus dem Bezirk Mitte, wozu auch der Stadtteil Wedding gehört, zeigen bereits eine höhere Behandlungsrate aufgrund von Diabetes mellitus und Herzerkrankungen und gehören damit zur Risikogruppe².

Armut bedeutet strukturell erhöhtes Infektionsrisiko

Zusätzlich sind von Armut betroffene Menschen am wenigsten vor einer Ansteckung geschützt: sie arbeiten häufiger in Jobs, in denen Homeoffice und «social distancing» nicht möglich ist (Lieferservice/Taxifahrer*innen/Lagerarbeiter*innen) und Schutzausrüstung oft nicht von Arbeitgeber*innen gestellt werden.

Einleitung

Auch uns in der Redaktion trafen die harten Einschränkungen durch Corona unerwartet und haben einiges umgeworfen, was wir uns eigentlich vorgenommen hatten. Wir haben uns dennoch dazu entschieden eine gekürzte Ausgabe zum Thema Corona zusammenzustellen, auch wenn auch wenn wir wissen, wie ermüdend das Thema sein kann.

Wir wollen euch nicht mit Zahlen langweilen, sondern wie immer unabhängig und umfassend über die Auswirkungen und Widersprüche im Wedding berichten.

Soziale Ungleichheiten treten deutlicher und gefährlicher zu Tage

Zudem leben von Armut betroffene Menschen häufiger auf engem Wohnraum bzw. sind von Wohnungslosigkeit betroffen, weswegen sie auch zuhause oder auf der Straße einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Mit 9,8% hat der Bezirk Mitte den zweihöchsten Anteil in Berlin mit Wohnungen, in denen 4 Personen und mehr zusammenwohnen². Dies könnte die aktuell am höchsten liegende Infektionszahl mit 872 im Bezirk Mitte im Vergleich zu den anderen Stadtteilen Berlins miterklären³.

Ein begrenzter Wohnraum mit zusätzlicher Kontakteinschränkung sowie einem eingeschränkten sozialen Netzwerk führt zudem zu einer Zunahme sozialer Isolation und erhöhtem psychischen Stress. Die Einschränkungen des aktuellen Hilfesystems (z.B. Selbsthilfegruppen, Werkstätten, Tageskliniken) erschwert insbesondere für diese Menschen die Situation weiter.

Dann vielleicht einfach: Wir brauchen ein neues Gesundheitssystem

Zudem haben Menschen mit unterschiedlichen Bildungsniveaus einen unterschiedlichen Zugang zu verlässlichen Informationen bezüglich der aktuellen Risikoeinschätzung, sowie dem Einsatz von sinnvollen Maßnahmen zur Vorbeugung der Ansteckung und Verbreitung des Virus.

Weiterhin sind vor allem Frauen von der aktuellen Situation betroffen. So arbeiten Frauen häufiger in «systemrelevanten» Jobs wie in der Pflege oder im Supermarkt, wo sie auch einer höheren Ansteckungsgefahr ausgesetzt sind. Ca. ein Drittel der Menschen im Wedding, wozu vorwiegend Frauen zählen, sind bereits alleinerziehend^{1,2}. Durch den Wegfall von Kitas oder die Aufteilung der Versorgung mit anderen Müttern, werden die Frauen zusätzlich belastet. Sowohl die finanzielle Belastung als auch die Zunahme von Stress haben ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf die Gesundheit. Zudem zeigt sich, dass aufgrund der Kontakteinschränkung und der verminderten Ausweichmöglichkeiten die Rate an häuslicher Gewalt zunimmt.

Ebenfalls sind Menschen mit Migrationshintergrund benachteiligt. Zum einem sind sie häufiger von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, zum anderen führt der strukturelle Rassismus im Gesundheitssystem dazu, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe schlechter behandelt werden⁴. Unser Gesundheitssystem erfordert meist ein Kennen der Strukturen und der Sprache, um die zum Teil komplexe Organisation von Terminen in Praxen, Überweisungen und die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen zu verstehen und einzurichten. Umso größer die Sprachbarriere und umso geringer die Kenntnis von Abläufen, umso stärker ist die Tendenz, die notwendigen und zustehenden Gesundheitsleistungen nicht in Anspruch nehmen zu können.

Um eine Verbesserung des Gesundheitssystems zu erzielen, müssen diese sozialen Faktoren miteinbezogen werden. Wie bereits von der Weltgesundheitsorganisation gefordert, ist dazu ein Vorgehen gegen Ausbildungsrückstände, Existenzängste, soziale Isolation, Arbeitslosigkeit und Verbesserung der Wohnstandards notwendig⁵.

Enteignung von leerstehenden Häusern und Schaffung von neuem Wohnraum, bezahlbare Mieten, bedingungsloses Grundeinkommen sowie faire Arbeitsbedingungen und ein uneingeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung sind nur einige Beispiele.

Zudem ist eine Umstrukturierung unseres Gesundheitssystems erforderlich. Seit Einführung des Fallpauschalsystems 2004 herrschen in den Krankenhäusern Personalnot, Über-, Unter- und Fehlversorgung, Reduktion der Bettenanzahl und es werden immer mehr Krankenhäuser privatisiert. Krankenhäuser, die Defizite erwirtschaftet haben, werden geschlossen. Dies trifft insbesondere auf Krankenhäuser in ländlichen Gegenden zu. Dabei sollte die Anzahl der Krankenhäuser nach Bedarf bestimmt werden und nicht danach, welche Krankenhäuser am meisten erwirtschaften. Dies könnte aktuell zu einer Zuspitzung der Versorgungsengpässe führen. Zudem bleibt fraglich, welche Krankenhäuser nach der Coronakrise vom Staat aufgefangen werden. Daher sollten Krankenhäuser verstaatlicht und das Fallpauschalsystem abgeschafft werden.

Um jedoch eine ideale Gesundheitsversorgung für alle Menschen zu gewährleisten, wäre langfristig eine tiefgreifende Veränderungen unseres politischen Systems notwendig, welches nicht auf Profitmaximierung und Ausgrenzung von Menschen, die nicht gewinnbringend sind, hinausläuft, sondern alle Menschen einschließt, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe oder Bildungsstand. ☆

¹ *Bezirksprofil Mitte 2016*

² *Lebenslagen und Gesundheit im Bezirk Mitte, Band 21, Aug.2016, S.113 – 126*

³ *Stand 02.05.2020, Quelle: Landesamt für Gesundheit und Soziales*

⁴ *H. Gerlach et al., Diskriminierung von Schwarzen aufgrund ihrer Hautfarbe? Ergebnisse von Fokusgruppendifkussionen mit Betroffenen im deutschen Gesundheitswesen, Thieme, Gesundheitswesen 2008*

⁵ *Soziale Determinanten von Gesundheit, Zweite Ausgabe, Weltgesundheitsorganisation 2004*

Nachrichten

Mahnmal zerstört

Unbekannte zerstörten am 29. April die Gedenkstele für Elise und Otto Hampel vor dem Rathaus Wedding. Diese erinnert an den Widerstand der beiden Weddinger*innen gegen das Nazi-Regime.

«Die Reichen sollen zahlen»

Unter diesem Motto finden seit dem 30. April regelmäßig Kundgebungen auf dem Leopoldplatz statt, um die sozialen Folgen der Corona-Politik und deren Lösung in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.

Blutmai Gedenken

Am 01.05. fand in Gedenken an die unter dem Namen Blutmai bekannte Niederschlagung der 1. Mai Demonstrationen Anfang der 1930er Jahre ein Gedenksparade zum Mahnmal an der Wiesenstraße statt.

«Run 4 Rebels»

Am 03.05. fand zum dritten mal eine Schnitzeljagd statt. Aktive der Kiezkommune und der Frauen*kommune Wedding sowie der Erwerbsloseninitiative Basta! informierten die ca. 50 Teilnehmer*innen über Missstände an der Charité, im JobCenter und an anderen Orten. Auch kleine Aufgaben mussten gelöst werden.

Verdrängung in der Koloniestraße 10

Mieter*innen der historischen Wohn- und Gewerberäume kämpfen seit Jahren gegen Abriss- und Verdrängungspläne des Investors Uhlmann. Statt Wohnraum sollen im Milieuschutzgebiet teure Mikroapartments (Eigentumswohnungen) gebaut werden. Um das zu verhindern freuen sich die Nachbar*innen über Unterstützung und bauen solidarische Netzwerke auf. Außerdem wurde eine Petition gestartet: www.change.org/Kolonie10

Zwangsräumung in die Wohnungslosigkeit

Kein Ende des Mietenwahnsinn in Sicht

Von: PLUMPE Redaktion

Daniel, du wurdest im Februar 2020 aus deiner Wohnung zwangsgeräumt. Wie kam es dazu?

Nach 36 Jahren wurde ich aus meiner Mietwohnung in der Transvaalstr. 20 zwangsgeräumt. Seit 2004 waren die Öfen in der Wohnung kaputt, die Wasserstränge zu meiner Wohnung aus Blei und das Wasser dadurch kein Trinkwasser. Auf Anzeige dieser und weiterer Mängel hat der Vermieter D. Zunker nicht reagiert. Daher sah ich mich gezwungen die Miete zu reduzieren, was ich 2005 um 100 Prozent tat. Die Mietminderung wurde vom Eigentümer erst 2017 juristisch angegangen. Mit fragwürdigen Aussagen wurde Ende 2018 dann der Räumungstitel erwirkt. Wegen Falschaussage habe ich eine Strafanzeige gegen Zunker gestellt.

Was hast du gegen die drohende Zwangsräumung unternommen?

Wegen der drohenden Obdachlosigkeit habe ich seit Mitte 2016 beim Job-Center und später beim Wohnungsamt vorgesprochen. Seit 2012 bekomme ich ALG II, aber wegen der Mietminderung nicht die Mietzahlung. Erste Anträge auf Mietzahlung von 205 Euro und auf Mietschuldenübernahme von ca. 8500 Euro wurden nie bearbeitet. Aus Krankheitsgründen und Einschüchterung durch den Vermieter habe ich ihm im Februar 2017 eine Vollmacht erteilt, die Mietschulden und Mietzahlung selbst beim Job-Center einzufordern. Alle Anträge wurden abgelehnt. Auf juristischer Ebene hat mein ehemaliger Rechtsanwalt Martin Griebing mit seiner Untätigkeit und schlechter Beratung viel zu Nichte gemacht. Erst später habe ich erfahren, dass er 1. Stellvertreter der Vorsitzender des Vorstandes von Haus & Grund Berlin ist¹. Mein schon angeschlagener Gesundheitszustand wurde immer schlechter und so konnte ich einen Räumungsaufschub erwirken.

Hast du Unterstützung von Seiten des Bezirks erfahren?

Auf den Ämtern wurde ich sehr unmenschlich behandelt.² Alles wurde abgelehnt oder nicht bearbeitet, wie eine

Wohnung nach § 67/ 68 ff. SGB XII. im geschützter Marktsegment zu bekommen. Anstatt dessen wollten sie mich in den SGB § 53 für psychisch Kranke einstufen. Ein richterlich angeordneter Amtsarzttermin bestätigte, dass ich nicht in diese Kategorie falle. Der Bezirk hat mir bis heute nicht wirklich geholfen.³

Hast du anderweitig Solidarität erfahren?

Seit Februar 2018 habe ich Beratung und Unterstützung bei unterschiedliche Initiativen wie Hände weg vom Wedding, Zwangsräumung Verhindern, dem Mietenwahnsinn-Bündnis und vielen anderen erhalten. Was mir Kraft gab weiter gegen diesen Irrsinn zu kämpfen.

Die solidarische Unterstützung von unten, die ich erfahren habe, hält mich weiter am Leben und hat mir ein Sinn fürs weiterleben gegeben.

Was bedeutet Wohnungslosigkeit in Zeiten von Corona?

Ich habe zunächst in Buch-Berlin in einem Obdachlosenwohnheim ein Zweibettzimmer bekommen. Gesundheitlich

steht mir ein Einzelzimmer zu was ich dann in Schöneberg erhalten habe. Es kostet 40 Euro am Tag für eine «minus-Sterne-»Unterkunft. Dazu kommen die Einlagerungskosten, Umzugskosten was am Ende eine Summe um die 1500 Euro pro Monat ausmacht. Im Wohnheim zu leben und das auch noch unter der Covid19-Pandemie und -Verordnung ist katastrophal. Es ist mit viel Angst und Depressionen verbunden. Einzelheiten erspare ich mir. ☆

¹H&G ist einer der aggressivsten Immobilienbesitzerververtretungen, die unter anderem gegen die Mietpreisbremse und den Mietendeckelagitierten haben.

²Sieh Artikel Berliner Zeitung vom 27.11.2019:

www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/herr-z-wird-geraeumt-li.2111

³Im November 2019 wurde erstmalig in der BVV Mitte ein Antrag zur «Beschlagnahme der Wohnung zur Abwendung der drohenden Obdachlosigkeit» angenommen, geprüft und dann unter einen unhaltbaren Angebot abgelehnt:

www.unverwertbar.org/aktuell/2020/4305/

Unter Protesten von Nachbar*innen und Aktiven wurde Daniel anfang des Jahres auf die Strasse gesetzt



Das Problem häuslicher Gewalt muss sichtbar gemacht werden

Häusliche Gewalt ist ein Problem, von dem hauptsächlich Frauen* betroffen sind: In Deutschland sind 81% der Opfer von Partnerschaftsgewalt Frauen*. Circa jede vierte Frau* wird mindestens einmal in ihrem Leben Opfer körperlicher oder sexualisierter Gewalt durch ihren aktuellen oder früheren Partner. Durch die sogenannte «Corona-Krise» droht ein Anstieg der Häuslichen Gewalt. Warum?

Um die Infektionsverbreitung des Covid-19 («Corona-Virus») zu verlangsamen sollen alle Berliner*innen

nen. Und in einer kleinen Wohnung, in der viele Menschen zusammen wohnen, ist Zuhause-zu-Bleiben nicht einfach. Zuhause bleiben ist daher auch ein Klassenprivileg.

Genauso wird ignoriert, dass das Zuhause nicht für alle Menschen ein sicherer Ort, eine Wohlfühl-Oase ist. Fehlende Kinderbetreuung, finanzielle Sorgen, räumliche Enge und der dadurch entstehende Stress können angespannte Situationen auslösen. Diese Anspannung kann im schlimmsten Fall zu Häuslicher Gewalt führen. Diese

Kein sicheres Zuhause?!

Wenn die enge Wohnung zur Falle wird, müssen wir eingreifen

Von: Marta, Natalie & Paola aus Frauen*Kommune Wedding

ihr Zuhause nur noch so wenig wie möglich verlassen. Körperliche Nähe mit Menschen außerhalb des eigenen Haushalts soll vermieden werden. Auf Social-Media-Plattformen kursieren Hashtags wie #staythefuckathome oder Sätze wie «Noch nie war es so einfach, Leben zu retten». Es ist aber nicht für alle einfach, zuhause zu bleiben. In manchen Berufen ist Home-Office keine Option. Viele haben Angst, ihren Job zu verlieren oder weniger Geld zu verdie-

Gewalt kann körperlich, sexualisiert, psychisch (anschreien, ignorieren, drohen) oder auch wirtschaftlich sein. Sie kann auch Kinder betreffen.

Betroffene Frauen* und Kinder können sich Hilfe suchen und die Wohnung verlassen! In Berlin gibt es eine Notrufnummer gegen Gewalt an Frauen*: 030 6110300, dort gibt es alle Informationen und Beratung, wie es weitergehen kann. In Berlin gibt es kostenlose Plätze in Frauen*häusern, wo Frauen* auch

mit ihren Kindern hinkönnen. Auch leerstehende Hotelzimmer werden jetzt dafür genutzt, da die überlasteten Frauen*häuser den vorausgesagten Anstieg an Fällen nicht alleine stemmen können.

Gleichzeitig beginnt Solidarität und Hilfe aber schon viel früher: Unser Ziel muss es sein, dass gewaltvolle Situationen gar nicht erst entstehen! Niemand sollte Gewalt ignorieren, den Fernseher lauter stellen oder wegschauen. Als Nachbar*innen können wir aufeinander aufpassen. Im Kiez können wir solidarische Strukturen bilden: Sichere Anlaufstellen, Beratung und Programme, die allen helfen, Gewalt zu verhindern und abzubauen. Wir schließen uns den Forderungen der autonomen Frauen*häuser an: Mehr finanzielle Unterstützung für Frauen*häuser, Beratungsstellen und Übersetzungsdienste müssen her!

Wir von der Frauenkommune Wedding haben uns daher entschieden, in Aktion zu treten. Wir haben ein Informationsblatt mit den wichtigsten Telefonnummern und Tipps in Supermärkten und Apotheken ausgehangen. Falls ihr den Aushang noch an anderen Orten verteilen wollt, schaut gerne auf unsere Website oder schreibt uns eine E-Mail an frauen-wedding@kiezkommune.org ☆



Plakate mit der Notrufnummer klebten schnell an den Mauern des Kiezes

Investorenträume an der Panke

Nach Privatisierung und Verkauf sind nun die Pläne für umfangreiche Neubauten im Uferhallen-Areal bekannt

Plumpe Redaktion

Nach der Absage der grossen «Mietenwahnsinn!» Demo Ende März schauten besonders jene Mieter*innen und Initiativen, die dort zum ersten Mal auch ihre ganz eigenen Probleme mit Vermieter*innen oder Eigentümer*innen öffentlich machen wollten zunächst in die Röhre. Dazu zählen auch die Mieter- und Künstler*innen in den Weddinger Uferhallen, die vor 3 Jahren von den milliardenschweren Samwerbrüdern gekauft wurden. Jetzt sieht es so aus als sollten erste Baupläne umgesetzt werden, und soviel scheint gewiss: Der Kiez wäre danach ein anderer.

Wir sprachen mit Karl*(Name geändert), Mieter auf dem Areal der Uferhallen.

Fangen wir an mit der Geschichte der Uferhallen und des Verkaufs, erzähl doch ein bisschen.

Also bis 2006 waren die Uferhallen ein Busdepot der BVG. Dann aber wurde das Gelände von der Stadt an eine Gruppe von Investoren verkauft. Die ursprüngliche Intention war es, daraus einen Kunststandort zu machen, und nach einer Kunstmesse 2007 entstanden dort sowohl Ateliers als auch Wohnraum. Der Kunstbegriff ist hier nicht so eng ausgelegt, es gibt auch Rahmenbauer, den Pianosalon, Werkstätten. Insgesamt eine Mischung aus gut 90 Künstler*innen. Seit Anbeginn wollten Teile der Investorengruppe das Gelände wieder verschauern, und nachdem sich einige Minderheitsgesellschafter verabschiedeten wurde es 2017 dann für ca. 30 Millionen an die Meistbietenden Samwers verkauft. Die Stadt Berlin wollte das Gelände auch kaufen, wollte aber nur die Hälfte bieten.

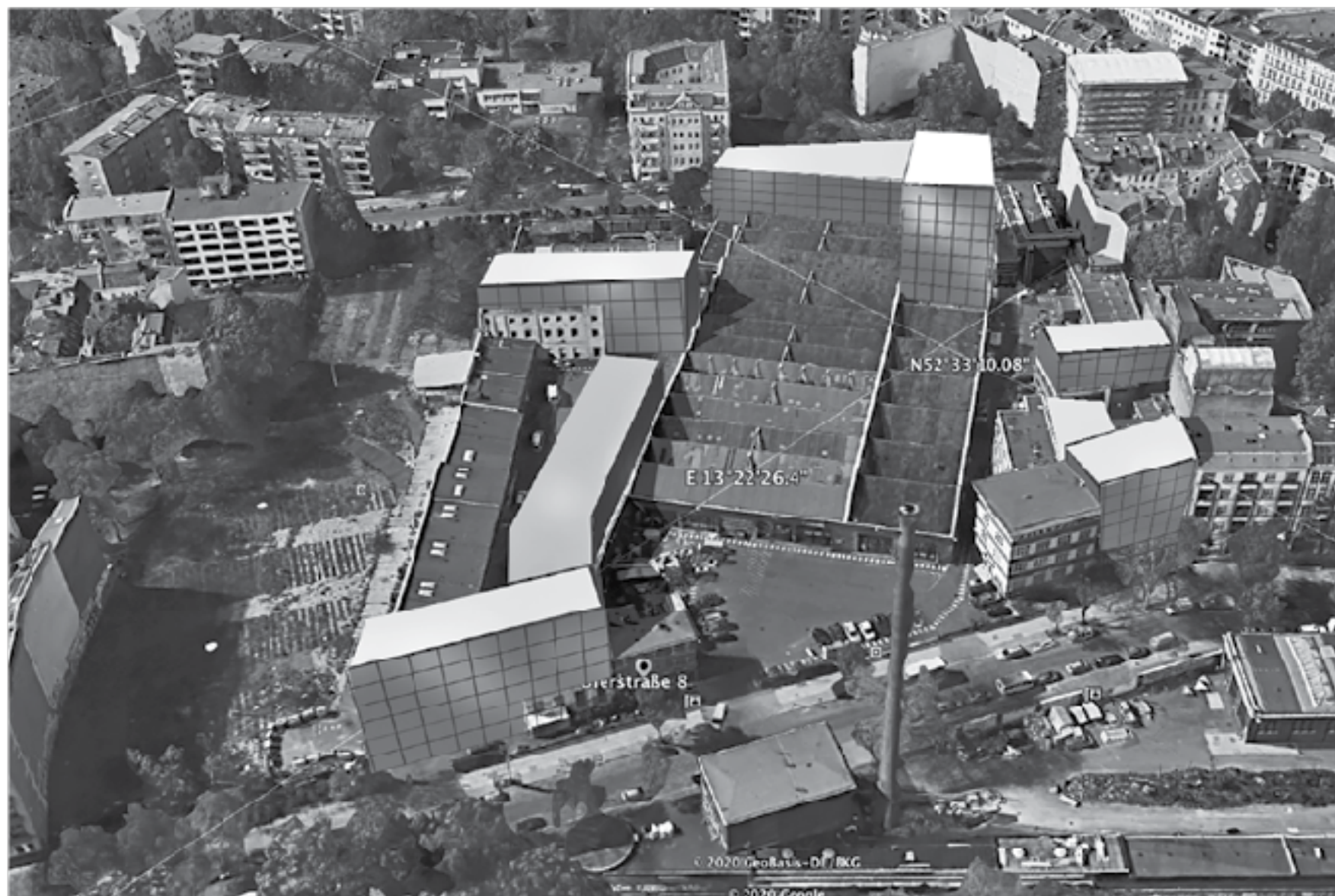
Zu eurem Verein: Wie hat sich diese Strukur formiert, wie seid ihr organisiert?

Am Anfang waren wir noch als lockere Initiative verbunden, und völlig überfordert mit der Aufgabe um unser Gelände

zu kämpfen, haben dann festgestellt dass die Vereinsform für uns besser klappt. Es ist auch nicht so als hätten wir uns darum gerissen! Aber man wächst in die Vereinsarbeit herein, inzwischen sehe ich es als Bereicherung, auch auf sozialer Ebene. Jetzt probieren wir nach und nach die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen. Gerade jetzt zu Coronazeiten ist die Belastung hoch, viele haben noch weniger verfügbare Zeit (kümmern sich zB tagsüber um ihre Kinder).

Im Verein organisiert sind die knappe Mehrheit der hier arbeitenden Künstler*innen, da ist unser Mobilisierungsgrad auch noch ausbaufähig. Künstler*innen an sich sind aber wohl auch nicht eine besonders gut zu vernetzende Berufsgruppe.

Zweck und Ziel unseres Vereins ist, Träger des Standorts zu werden – also Selbstverwaltung. Die wollen wir umsetzen mithilfe eines Erbpachtvertrages der so lange wie möglich läuft. Wir wollen unsere Mieten langfristig und bezahlbar gestalten können, aufholen was in den letzten 12 Jahren nicht saniert wurde, sprich unsere eigenen Geschicke lenken.



Dieser grobe Bauplan kursiert in den Phantasien der neuen Besitzer*innen.

Wie ist denn die aktuelle Lage - auch während der derzeitigen Krise halten die Samwers nicht still?

Seit einiger Zeit stehen Verdopplungen der Kaltmiete im Raum, so dass gut 90% der Nutzer*innen des Geländes sofort vor die Tür gesetzt würden. Dieses Jahr kamen dann schon Nebenkostenabrechnungen herein, die sich bis in den mittleren 4-stelligen Bereich bewegten. Das scheint bei der «Home Real Estate» - die verwalten auch andere Samwerhäuser – das Muster zu sein wenn Immobilien neu gekauft werden. So wie auch in der Kreuzberger Urbanstr. 67, wo sie

«Seit Anbeginn wollten Teile der Investorengruppe das Gelände wieder verschauern..»

anfangen während Corona Mieter*innen rauszuschmeissen, werden auch wir weiter unter Druck gesetzt schnell zu verhandeln: Es soll eine sog. gemeinnützige GmbH gegründet werden, die dann auf 20 Jahre den Kunstschaaffenden Verträge bieten soll.

Diese gGmbH, bei der seid ihr dann mit im Boot?

Nein, dieser Vorschlag wurde ohne unsere Beteiligung ausgedacht, und was dann nach 20 Jahren passiert, wie der Standort zu halten sein soll – wir wissen es nicht. Eine langfristige Erbpacht zur Sicherung des Kulturstandorts und den Betrieb in Selbstverwaltung lehnen sie rundherum ab.

Die Teile des Geländes, die nicht unter Denkmalschutz stehen sind sowie so von diesen Plänen ausgenommen: Hier soll ein 12-stöckiger Büroturm für Start-Ups entstehen, weitere etwas kleinere Bürogebäude dazu, sicher in feinstem Renditebeton. Was das mit der sozialen Mischung, den Mieten, den Strukturen in einem Kiez anrichtet kann man sich schon heute in Kreuzberg-Friedrichshain aus der Nähe anschauen.

Wie geht es für euch weiter, auf der einen Seite die Samwer-Milliardäre, auf der anderen ihr Kunstschaaffende aus den Uferhallen - mehr David gegen Goliath geht ja eigentlich nicht?

Ja, David hatte wenigstens noch eine Steinschleuder.. Also ganz klar: Der Ball liegt bei der Stadt, die müsste gegenüber Investoren deutlich kratzbürstiger auftreten, lässt sich aber immer noch vor dem Kapital hertreiben. Wir wiederum wollen uns im Kiez und in der Stadt besser vernetzen um den Druck zu erhöhen – das neulich dichtgemachte Haus der Gesundheit am Alexanderplatz zeigt wie schnell man im Regen stehen gelassen werden kann - trotz wichtiger Infrastruktur, trotz Mietendeckel und Rot-Rot-Grün. Haben wir eine Chance, ich weiss es nicht. Aber als Berliner*innen müssen wir uns entscheiden in was für einer Welt wir leben wollen – es kann nicht sein, dass wir zurückfallen in feudale Verhältnisse. ★

www.uferhallen-ev.de

Klassenkampf in Zeiten von Corona

Der Ausnahmezustand verstärkt den Druck auf prekär Beschäftigte weiter

Von: Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Berlin



In Bonn (NRW) unterstützte die FAU rumänische Spargelpflücker*innen denen das Gehalt verweigert wurde

Wohl kaum jemand hätte sich vor zwei Monaten träumen lassen, dass Debatten über kontaminierte Plastiktüten bei der Essensbestellung oder die Gesundheitsrisiken eines Friseurbesuchs einmal solche Aufmerksamkeit erregen würden, wie es gerade der Fall ist. Die Zeiten haben sich, wie wir alle wissen, geändert.

Während sich der Klimawandel gerade durch besonders warmes und sonniges Wetter bemerkbar macht, versuchen wir, uns an das Tragen von Atemschutzmasken zu gewöhnen und verabreden uns zu virtuellen Plena und Kneipenabenden auf Mumble, Jitsi oder BigBlueButton.

Unser Gewerkschaftslokal in der Grüntaler Straße liegt derzeit verlassen da, wie auch alles andere, was in den letzten Wochen nicht Supermarkt, Apotheke oder Drogerie gewesen ist. Wenn das jedoch bedeuten würde, dass wir uns nicht nur physisch, sondern auch sonst vom Tagesgeschehen distanzieren dann, ja dann hätten wir ein großes Problem.

Denn nicht nur das Virus verbreitet sich rasend schnell, auch Verletzungen der Arbeitsrechte finden gerade in besonderem Ausmaß statt. Betroffen

sind vor allem prekäre Arbeiter*innen, zum Beispiel in der Gastronomie, in der freiberuflichen Bildung, in der Lieferbranche oder in Pflegebetrieben. Unrechtmäßige Entlassungen und Lohnprellerei auf der einen, mangelhafte Arbeitssicherheit und Workload-Explosionen auf der anderen Seite – Ausbeutungsdynamiken werden zurzeit besonders sichtbar; der Staat zeigt seinen Klassencharakter: Er bietet Wirtschaftshilfe für private Unternehmen zu günstigen Konditionen an, statt Menschen direkt und bedingungslos zu unterstützen. Es gab bereits genug Reflexionen über Sinn und vor allem Unsinn von Klatsch-Ritualen zugunsten der systematisch relevant unterbezahlten Pflegekräfte.

Schon zu Beginn des Shutdowns wurde es kafkaesk: In der Bibliothek der Humboldt-Universität, dem Grimm-Zentrum, mussten Beschäftigte auch dann noch zur Arbeit erscheinen, als systemrelevant nach Corona bereits das meistgenutzte Wort unseres neuen Alltags war. Es gäbe nichts zu tun? Moment: Wer sonst Bücher zurücksortiert, kann doch jetzt nach kaputten Stühlen suchen - und dafür auf den Wegen von und zur Arbeit die Gesundheit von sich und anderen gefährden. Dieser Spuk fand zum Glück ein schnelles Ende und es kann von Glück gesagt werden, dass sich beim Stühlerücken niemand infiziert zu haben scheint.

Wie steht es um Essenslieferant*innen?

Wir alle genießen zudem derzeit mehr als je zuvor den Luxus, beinahe alles, was wir nun nicht mehr selbst in Läden und Restaurants erjagen können, vor unsere Wohnungstür zu ordern – das funktioniert natürlich nicht ohne Leute, die diese Lieferungen auch zustellen. Dass die Arbeitsbedingungen in der Branche nicht immer rosig sind, ist schon lange kein Geheimnis mehr. Die Corona-Krise setzt dem nun noch eins drauf. Beispiel Essenslieferung: Wer als sogenannter Rider per Fahrrad Mahlzeiten von A

nach B bringt, hatte es im Berliner Straßenverkehr ohnehin nie leicht. Jetzt gibt es den Verkehr und SARS-CoV 2. Die Pandemie treibt Risiken auf ein neues Level – von den Löhnen kann man das nicht behaupten. Und gerade in der Gig-Economy haben die Rider wenig Möglichkeiten, sich über genau solche Dinge auszutauschen. Obwohl es auf den Straßen so viele von ihnen gibt, kennen sie sich nicht unbedingt persönlich.

M. und A. bilden hier eine Ausnahme. Sie beide sind Rider, kennen sich – und tauschen sich aus. «Wir haben keine Fabrik oder Büros, wo wir uns in den Pausen oder nach Feierabend über den Weg laufen.» Gerade in Anbetracht des gestiegenen Arbeitsrisikos sei ein Austausch aber besonders wichtig, die Hygienesituation bedenklich. Auf die Toilette gingen sie bei den Restaurants, bei denen sie die Bestellungen abholen. «Jetzt haben die Restaurants geschlossen und wir müssen hoffen, dass sie uns im reinlassen. Eigentlich sind sie dazu verpflichtet, man kann Lokale auch melden, wenn sie das verweigern, doch das ändert in der Regel nichts. Sie werden dann an etwas erinnert, was sie sowieso schon wissen. Ihre Zusammenarbeit mit dem Lieferunternehmen wird dadurch nicht beeinträchtigt.» Streckenweise sollen wohl Gutscheine für Desinfektionsmittel bereitgestellt werden. «Aber diese Tatsache kann das Problem, dass es keine guten Arbeitsbedingungen für uns gibt, auch nicht lösen.»

Das öffentliche Leben entlang der Fahrradstrecken ist derweil geprägt von Einschränkungen, um deren Lockerung

derzeit heftig debattiert wird. So oder so ist jedoch klar, dass bestimmte Restriktionen noch lange bestehen bleiben werden – und nicht nur das: Aus dem aktuellen pandemischen Schwebezustand können permanente grundlegende Veränderungen unserer Lebens- und Arbeitsrealitäten hervorgehen.

Gemeinsam gegen die Vereinzelung

Die Auswirkungen der Pandemie sind hierbei keine einfache statistische Tatsache, sondern sozialer Natur: Chancen und Risiken sind in dieser Gesellschaft strukturell ungleich verteilt – das gilt auch im Bezug auf Krankheiten. Die Qualität der unterfinanzierten öffentlichen Gesundheitsinfrastruktur bestimmt die Sterblichkeitsraten mit.

Menschen in prekären Lebens- und Arbeitssituationen, Pflegekräfte in prekären Sektoren und vor allem Menschen ohne formalen Zugang zu Gesundheitsdiensten sind tendenziell stärker von der Pandemie und ihren weitreichenden Folgen betroffen und manche Personengruppen verschwinden sogar fast vollständig aus dem öffentlichen Bewusstsein: Die Migrant*innen an der türkisch-griechischen Grenze kämpfen hinter der aktuellen Corona-Berichterstattung einen viel zu einsamen Kampf.

Gewerkschaftliche Aktivität hat in Anbetracht der aktuellen Lage einen besonderen Stellenwert. Kommende Arbeitskonflikte und -kämpfe können den gesellschaftlichen Diskurs mitbestimmen – und gewerkschaftliche

Arbeit geht über arbeitsrechtliche Beratung weit hinaus. Wir müssen den Klassencharakter des aktuellen Krisenmanagements hervorheben.

A. und M. versuchen derzeit, Kontakt zu ihren Kolleg*innen herzustellen, um sich zu unterstützen und ins Gespräch über ihre Arbeitsbedingungen zu kommen. «Vereinzelung ist ein großes Problem, sie lässt uns glauben, dass wir alle für uns alleine arbeiten und kämpfen – doch das ist Quatsch. Wir müssen nur zueinander finden.»

In diesem Sinne: Verbreiten wir Solidarität, anstatt die Prekarität zu verstärken! ☆

Infos:

Die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Berlin (FAUB) ist eine unabhängige Basisgewerkschaft. Sie ist bundesweit in der Gewerkschaftsföderation FAU organisiert.

Antworten auf häufige Arbeitsrechtsfragen findest Du in unserem Covid-FAQ unter

www.berlin.fau.org

Falls das nicht ausreicht, kontaktiere unsere Gewerkschaftliche Beratung - Anmeldungen bitte vorab an faub-beratung@fau.org

Die Beratung findet derzeit nur telefonisch statt. Und natürlich:

Werde Mitglied und organisier dich!

Beratungsstellen und Nachbarschaftsinitiativen

Berliner MieterGemeinschaft e.V.
Wiesenstraße 30, 13357
Mietrechtsberatung

Basta! Die Erwerbsloseninitiative
Schererstr. 8, 13347
Beratung und Unterstützung bei Problemen mit dem Jobcenter

EOTO e.V.
Togostraße 76, 13351
Beratung für schwarze Menschen in Diskriminierungsfällen

Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Berlin

Grüntaler Straße 24, 13357
Gewerkschaftliche Beratung und Beratung für Kollektivbetriebe

Berliner Obdachlosenhilfe e.V.
Lynarstraße 38, 13353
Auf www.berliner-obdachlosenhilfe.de gibt es eine aktuelle Liste von Hilfsangeboten während der Kontaktsperre

Netzwerk-Zusammen für Wohnraum
Prinzenalle 58
Mietrechtsberatung

Ami*Curiae
Prinzenalle 58 C
(2. Hinterhof, Erdgeschoss)

Die Beratung für deutsches Recht und die Grenzen

Kiezhaus Agnes Reinhold
Afrikanische Straße 74, 13351
Sozialberatung

Nachbarschaftsladen Kommune 65
Buttmannstraße 1a, 13357
Sozialberatung

ReachOut
Beusselstr. 35, 10553
Anlaufstelle und Opferberatung

Register Berlin Mitte
zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin
Anlaufstellen:

Narud e.V.
Genterstr. 7, 13353 Berlin
Wendepunkt GmbH
Gottschedstr. 4, 13353 Berlin

Demokratie in der Mitte / Vor-Ort-Büro
Fabrik Osloer Strasse e.V.

Lotsenprojekt «Die Brücke» e.V.
Hochstädter Straße 16

Wildwasser – Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V.

Wriezener Str. 10 – 11, 13359 Berlin
Beratung und Gesprächsrunden nach telefonischer Anmeldung sowie Onlineberatung

Hände weg von Wedding
www.riseup.net
www.unverwertbar.org

Kiezkommune Wedding
frauen-wedding@kiezkommune.org
wedding@kiezkommune.org
<https://kiezkommune.noblogs.org>